

*Antragssteller: Kreisvorstand DIE LINKE. Rhein-Sieg*

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Leitantrag des Landesvorstands wird

nach Zeile 92 eingefügt:

Ebenso wenig wie Bildung in der Schule beginnt, hört sie dort auf: Als größter Landesverband unserer Partei erklären wir unsere Solidarität mit den Initiativen von Studierenden und dem akademischen Mittelbau, die für eine personelle und finanzielle Verbesserung im Hochschulbereich kämpfen. Es ist überfällig, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen einen Tarifvertrag für alle studentischen Beschäftigten nach Berliner Vorbild umsetzen und die Arbeit an den Universitäten endlich auf eine solide Grundlage stellen. Dies kann nur geschehen, wenn sich die Landespolitik vom neoliberalen Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet, um mehr finanzielle Mittel für Planstellen zur Verfügung zu stellen. Die universitäre Lehre ist eine Daueraufgabe, die jedes Semester sichergestellt sein muss. Für uns als LINKE ist klar: Wenn Mitarbeiter:innen an Hochschulen diese Daueraufgabe übernehmen, dann muss ihnen dafür auch eine Dauerstelle angeboten werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich Forschung und Lehre auf bestmögliche Weise entfalten können. Wir stehen daher an der Seite der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, wenn wir fordern, dass die Praxis der Kettenbefristung endlich abgeschafft werden soll. Seit Jahren schon braucht es eine Entfristungsoffensive!

Die Hochschulen in NRW sollen aber nicht nur ein sicherer Arbeitsplatz sein, sondern auch ein Raum der demokratischen und damit friedensfördernden Forschung. Dies wird seit Jahren durch die Abschaffung der Zivilklausel verhindert. Mit dem Wegfall dieses Verbots von Forschung zu Rüstungszwecken ist es der Rüstungsindustrie möglich, die universitäre Forschung durch „großzügige“ Drittmittel in ihrem Sinne zu beeinflussen und ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in die Hochschulen des Landes auszulagern. Wir fordern ein Stopp dieses Eingriffs der Rüstungsindustrie in die Hochschullandschaft und eine klare Rückkehr zur Zivilklausel. Forschung soll dem demokratischen Gemeinwohl dienen und darf nicht missbraucht werden, um die Profite der Rüstungsindustrie zu steigern!